

Schwächen im Arbeitsstil der Institutionen des Bauwesens

4. Mai 1959

Information Nr. 249/59 – Bericht über einige Erscheinungen von Schematismus, Missachtung von Partei- und Regierungsbeschlüssen, falscher Kaderpolitik und anderen Schwächen im Arbeitsstil der Institutionen und Dienststellen des Bauwesens in der DDR und deren schädliche Auswirkungen

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 184, Bl. 1–12 (3. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Leuschner – MfS: Ablage.

Aus einer Reihe von Informationen ist ersichtlich, dass auf einigen wichtigen Gebieten des Bauwesens in der DDR verschiedene Schwächen und Missstände aufgetreten sind, die sich hemmend auf die Aufgaben und die Tätigkeit des Bauwesens auswirken und deshalb einer schnellen Überprüfung und Veränderung bedürfen.

I. Über die Tätigkeit des Ministeriums für Bauwesen

Als ein wesentliches Hemmnis in der Tätigkeit des Ministeriums für Bauwesen müssen nach vorliegenden Informationen noch bestehende Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über Strukturfragen angesehen werden. Bekanntlich wurden bereits in den letzten drei bis vier Jahren laufend Strukturveränderungen innerhalb des Ministeriums für Bauwesen vorgenommen, was offensichtlich mit dazu geführt hat, dass die operative Arbeit vernachlässigt wurde, da man diese Veränderungen an sich zum Problem machte.¹

In den Jahren 1955 bis 1957 bestand das oberste Leitungskollektiv des Ministeriums aus einem Minister, zwei Staatssekretären und zwei stellvertretenden Ministern. Der Stellenplan des Ministeriums umfasste zu dieser Zeit ca. 500 Planstellen.² In der Vorbereitung und Durchführung des Gesetzes vom 11.2.1958³ wurden für das Ministerium für Bauwesen 290 Planstellen und ein bzw. zwei stellvertretende Minister festgelegt, jedoch nie verwirklicht.⁴

Dieser schleppende Zustand wirkte sich nachteilig auf die gesamte Arbeit des Ministeriums aus. Es gab Unzufriedenheiten, Arbeitsunlust und Disziplinlosigkeit unter den Mitarbeitern. Ein großer Teil der Arbeitszeit wurde für Diskussionen über den weiteren Einsatz der Mitarbeiter verwandt. Dieser Zustand war bis zum Einsatz des Genossen *Scholz*⁵ als Minister zu verzeichnen, von dem sich die Mitarbeiter und die leitenden Funktionäre eine generelle Veränderung dieses unverantwortlichen Zustandes erhofften.

Aber Minister *Scholz* gab unmittelbar nach seinem Antritt in individuellen Besprechungen mit den Hauptsachabteilungsleitern und deren Stellvertretern zu verstehen, dass entgegen den bereits genannten Veränderungen entsprechend dem Gesetz vom 11.2.1958 abermals eine *neue Struktur* des Ministeriums für Bauwesen festgelegt werden und das Ministerium unbedingt wieder stark gemacht werden müsse, mehr Mitarbeiter benötigt würden und einige Zweige des Bauwesens zu zentralisieren seien. Da aber die in ähnlicher Form bereits vorhanden gewesene Struktur, wie sie vom Gen. *Scholz* vorgeschlagen wurde, sich nicht bewährt hatte, wurde er von einigen Mitarbeitern auf diese Lage hingewiesen.

Obwohl er damit gegen die bereits vorhandenen Erfahrungen einer Reihe verantwortlicher Mitarbeiter sprach, wurde die vom Minister *Scholz* vorgeschlagene Struktur im Ministerium für Bauwesen durchgesetzt. Er gab dabei mit Nachdruck zu verstehen, dass seine Meinung in dieser Frage vollkommen richtig sei, wobei er sich auch darauf berief, dass er für diese Veränderungen die Zustimmung der Genossen *Walter Ulbricht*⁶ und *Heinrich Rau*⁷ hätte. Dieses Vorgehen hat dazu geführt, dass ein großer Teil leitender Mitarbeiter des Ministeriums für Bauwesen über die Leitungstätigkeit des Ministers stark beunruhigt ist und dabei die durchgesetzte Struktur als falsch bezeichnet und ablehnt. Staatssekretär *Kosel*⁸ erklärte z. B., dass das Leitungskollektiv von der Vorberatung und Entscheidung wichtiger Beschlüsse ausgeschaltet wird, was sich besonders bei den strukturellen Veränderungen zeigte.

Der Minister setzte neben der Verstärkung des Ministeriums auch ein erhöhtes Weisungsrecht gegenüber den Bezirken durch und ordnete die Rückführung einiger bezirksgeleiteter Betriebe unter die direkte Leitung des Ministeriums an, wodurch die Beschlüsse des 33. Plenums zum Teil ignoriert und die Übertragung größerer Rechte und Verantwortung an die Räte der Bezirke weitgehendst rückgängig gemacht wurde.⁹

In diesem Zusammenhang gibt es auch Diskussionen darüber, dass in den Thesen des Politbüros über die Aufgaben des Bauwesens im Siebenjahrplan erklärt wird, große Industriebauten ab 1961 durch die dem Ministerium für Bauwesen unterstellten Baubetriebe durchzuführen.¹⁰ Dabei wird die Vermutung ausgesprochen, dass ein Teil von Baukapazitäten, die zzt. bezirklich geleitet werden, wieder zentral übernommen und den örtlichen Organen danach nur noch Baubetriebe mit kleineren Planaufgaben unterstehen würden. Wie aus weiteren Informationen ersichtlich ist, wird auch der Einfluss der Parteileitung des Ministeriums für Bauwesen auf die fachlichen Probleme als völlig unzureichend eingeschätzt. Dabei wird die Ansicht vertreten, dass sich die Parteileitung in Abhängigkeit vom Minister Scholz befindet, von dem fast ausschließlich (in seiner Funktion als Leitungsglied und Minister) die Themen der Parteileitungssitzungen bestimmt werden und dessen Diskussionsbeiträge auch mehr oder weniger als Schlusswort gelten. Auf dieser Basis – also ohne eingehende Beratung – würden dann auch die Beschlüsse der Parteileitung entstehen. Bemängelt wird dabei besonders, dass wichtige fachliche Schwerpunktaufgaben und -probleme in der Parteileitung nicht behandelt werden, weil Gen. Scholz die Meinung vertritt, dass diese Probleme, obwohl sie für die Arbeit des gesamten Ministeriums von außerordentlicher Bedeutung sind, nicht in die Parteileitung gehören, sondern administrativ von der Leitung des Ministeriums zu lösen sind. Als nicht richtig wird dabei auch angesehen, dass Gen. Kosel als ZK-Mitglied in den meisten Fällen nicht zu den Parteileitungssitzungen hinzugezogen wird.

Als Auswirkung einer solchen Arbeitsweise und des ungenügenden Einflusses der Parteiorganisation und -leitung gibt es im Ministerium für Bauwesen eine Reihe von Unklarheiten, die auf das gesamte Bauwesen hinderlich wirken und die Arbeitsweise negativ beeinflussen: 1) Wie durch Informationen ersichtlich wurde, bestehen noch größere Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über den Beschluss der Chemie-Konferenz in Leuna, Bau- und Montagekombinate (für Chemie in Halle, für Kohle in Cottbus) zu bilden, die sich bereits bis 1.1.1959 konstituieren sollten.¹¹

Vom Bezirksbaudirektor in Halle wird z. B. zum Ausdruck gebracht, dass er mit einer solchen Verfahrensweise des Ministeriums für Bauwesen nicht einverstanden ist, vor solch wichtigen, den Bezirk Halle betreffenden Entscheidungen nicht mit ihm zu sprechen. Er vertritt die Ansicht, dass bei der erfolgten Regelung zur Erfüllung des Chemie-Programms erhebliche Kapazitäten vom Wohnungsbaubereich abgezogen werden, was dazu führt, dass im Bezirk Halle die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms infrage gestellt ist.

Im Bezirk Cottbus wurden ähnliche Einwände gemacht und an dem überbetonten Zentralismus scharfe Kritik geübt, weil hier ebenfalls bezirklich geleitete Kapazitäten in zentralgeleitete übergehen. Die Genossen der Bezirksleitung der SED in Cottbus sind z. B. der Meinung, wenn schon ein Bau- und Montagekombinat für die Bereiche Kohle und Energie gebildet wird, dann sollte es doch örtlich begrenzt gehalten werden, da andernfalls wiederum ein riesiger Verwaltungsapparat entsteht.

2) Ähnliche Unklarheiten zeigen sich auch beim Bau des Erdölkombinats Schwedt.¹²

Am 12.3.1959 waren zwei Genossen von der VEB Baustoffversorgung Frankfurt/Oder¹³ beim Ministerium für Bauwesen, um die Versorgung der Großbaustelle Schwedt mit Baumaterial zu klären. Durch einen stellvertretenden Abteilungsleiter wurde ihnen mitgeteilt, dass das Ministerium für Bauwesen keine Kontingente für Schwedt eingeplant hat, weil dafür der Bezirk verantwortlich ist, was aber nach den bisherigen Feststellungen nicht den Tatsachen entspricht. Der Bezirk Frankfurt/O. ist nur für die Bereitstellung von Material für 300 Wohnungseinheiten in Schwedt verantwortlich. Dieses Material ist auch vorhanden und der Bau wurde bereits begonnen. Der stellvertretende Abteilungsleiter Gen. [Name 1], (Parteileitungsglied) erklärte wörtlich: »Wir können Euch nicht helfen, schaltet doch die Staatliche Kontrolle¹⁴ oder die Staatssicherheit ein«.

Um darüber Klarheit zu erlangen, suchten die Frankfurter Genossen den Stellvertreter des 2. Stellvertreters des Ministers, Genossen Clement,¹⁵ auf, der in überheblicher und interessensloser Form zum Ausdruck brachte, dass er vom Erdölkombinat Schwedt auch schon einmal etwas gehört habe. Nach den Kontingenten befragt, erklärte er, dass bei ihm und bei der Staatlichen Plankommission¹⁶ nichts eingeplant sei. Als die Genossen von Frankfurt/O. seine schluderhafte Arbeit kritisierten, wurde er ausfällig. Sie sollten »nicht ulkig werden, denn der ganze Bau in Schwedt gehe Frankfurt gar nichts an. Das Ministerium wisse selbst, was zu tun sei.« Er brachte auch klar zum Ausdruck, dass das Objekt in keinem staatlichen Plan enthalten sei und er nicht wisse, woher das Material dafür genommen werden soll. Ohne klare Auskunft erhalten zu haben, mussten die Genossen nach Frankfurt/O. zurückfahren.

3) Umfangreiche ablehnende Diskussionen gibt es über die vom Gen. Scholz angeordnete Veränderung der Planung des Ministeriums für Bauwesen.

Während es nach dem 11.2.1958 im Ministerium für Bauwesen eine Abteilung Planung gab, die als koordinierende Abteilung zwischen den örtlichen Organen des Staatsapparates und der Staatlichen Plankommission wirkte, gibt es nach der jetzigen Struktur im Ministerium für Bauwesen in den drei Bereichen je eine Abteilung Planung und außerdem eine zentrale Abteilung Planung. Das bedeutet, dass die Räte der Bezirke sowie die VVB ihre Pläne mit vier verschiedenen Abteilungen abstimmen müssen, um die richtigen Planzahlen zu erhalten. Die Mitarbeiter in den Planungsabteilungen diskutierten bereits dahingehend, dass die Verantwortlichen für diese Umorganisation zur Rechenschaft gezogen werden sollten, da im Ergebnis dieser Veränderungen die Planung erschwert wurde.

4) Aus einer Reihe von Informationen ist auch ersichtlich, dass erhebliche und ernste Bedenken gegen die vom Genossen Scholz im Ministerium für Bauwesen betriebene Kaderpolitik bestehen. So wurde ohne Zustimmung der dafür verantwortlichen Chemie-Kader-Kommission der Hauptdirektor für das Bau- und Montagekombinat Chemie, Präßler,¹⁷ durch den Gen. Scholz persönlich eingesetzt, obwohl wichtige Hinweise über dessen bisherige Tätigkeit (z. B. die Gründe seines Ausscheidens aus diesem Ministerium für Nationale Verteidigung) dagegensprachen.

Der ehemalige HV-Leiter für Zement aus dem Ministerium für Bauwesen, Lampe,¹⁸ wurde im Zuge der Reorganisation wegen Unzuverlässigkeit an die Basis versetzt und vom Minister Scholz jetzt entgegen des Beschlusses der ZKK¹⁹ in das Ministerium für Bauwesen zurückgeholt und in die wichtige Funktion des Planungsleiters für Baustoffe eingesetzt. Weitere Beispiele dieser Art, die bereits bis zu gewissen Konzentrationen negativer Elemente reichen, liegen vor.

5) Die Brigadeeinsätze als wichtige operative Aufgabe des Ministeriums für Bauwesen in den Bezirken wurden nach der bisherigen Einschätzung äußerst mangelhaft vorbereitet und brachten nicht das vorgesehene Ergebnis.

Im Institut für Typung der Deutschen Bauakademie²⁰ wurden die Einsätze z. B. wie folgt durchgeführt: Vonseiten des Ministeriums für Bauwesen wurden die Mitarbeiter schematisch (listenmäßig) in die Bezirke geschickt, ohne dabei die beruflichen Kenntnisse zu beachten und ohne mit den Leitkräften [sic!] des Instituts über den genauen Einsatz zu beraten, sodass der größte Teil der Mitarbeiter berufsfremd eingesetzt wurde. Auf der anderen Seite gab es dadurch viele Abteilungen im Ministerium und auch im Institut, die ihre eigentlichen Aufgaben überhaupt nicht durchführten.

II. Zur Arbeitsweise der Leitung der Deutschen Bauakademie

Ähnliche Mängel wie im Ministerium für Bauwesen sind auch in der Arbeit der Leitung der Akademie zu verzeichnen, die es nach Einschätzung verantwortlicher Mitarbeiter des Bauwesens im Wesentlichen bis heute noch nicht verstand, die Hauptaufgabe der DBA zu lösen.

Jahrelang versuchte man auch hier durch Reorganisationen und Strukturveränderungen den Ausweg zu finden. Die in einer Entschließung festgelegten Aufgaben sowie Vorschläge zur Veränderung des Arbeitsstils sind in den prinzipiellen Fragen bisher ungelöst geblieben und werden nicht zum Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung des Präsidiums gemacht. Wie bekannt wurde, soll auch eine neu zu erarbeitende Vorlage für das Politbüro wieder wie in der bisherigen Arbeit der Leitung auf Strukturveränderungen und Stellenplanfragen ausweichen. An dem schlechten Arbeitsstil des Präsidiums wurde zwar schon sehr viel Kritik geübt, jedoch noch keine wesentlichen Veränderungen erreicht. Es finden zwar regelmäßig Tagungen statt, ohne dabei aber die falschen Auffassungen zu beseitigen, bei der Abfassung von Beschlüssen von der jeweiligen politischen Situation auszugehen und richtungsweisende Anleitungen für die Institutsleitungen zu geben.

Im Institut für Technik und Ökonomie, dem bedeutungsvollsten Institut der DBA, das die wichtigsten technischen Voraussetzungen zur Lösung der Hauptaufgabe des Bauwesens schaffen soll, wird z. B. nur ein geringer Teil der Arbeitszeit für die notwendigen Forschungsaufträge verwandt. Dieser Zustand wird von einigen leitenden Mitarbeitern auch als sehr ernst erkannt und sie beabsichtigen – über den Präsidenten hinweg – den Genossen Walter Ulbricht über diesen untragbaren Zustand zu informieren.

Auch von anderen Beschäftigten häufen sich in letzter Zeit die Meinungen und Hinweise über die Unfähigkeit des Präsidenten und anderer Leitungsmitglieder und dass man die Leitungsmethoden grundsätzlich verändern muss. Der Präsident, Prof. Liebknecht,²¹ und der Vizepräsident, Prof. Collein,²² entschuldigen sich damit, dass ihnen zu viele Funktionen übertragen wurden. Offensichtlich sind aber die Ursachen auch mit darauf zurückzuführen, dass Prof. Liebknecht Auseinandersetzungen über bestehende unklare Fragen und Differenzen ausweicht, diesen nicht auf den Grund geht und sie klärt, sondern die persönliche Seite dieser Differenzen in den Vordergrund stellt.

Obwohl er ständig die Entwicklung eines Meinungsstreites fordert, ist jedoch andererseits ersichtlich, dass er keinen selbstständigen Beitrag leistet und auch dem entschiedenen Kampf ausweicht. Er entschuldigt dabei seine eigene Unsicherheit in Fragen der Architektur und des Städtebaus damit, dass es auch bei den sowjetischen Architekten und Städtebauern noch keine ganz klaren Auffassungen gäbe, wobei offensichtlich mit von Bedeutung ist, dass seine theoretischen Kenntnisse als unzureichend eingeschätzt werden. So weicht er auch etwas komplizierten ideologischen Fragen aus. Nach Auffassung leitender Mitarbeiter ist auch in der nächsten Zeit keine Veränderung dahingehend zu erwarten, dass Prof. Liebknecht diese Schwäche überwindet und wirklich mit selbstständigen Beiträgen auftritt.

Da aber auch die Kenntnisse der anderen Genossen in der Leitung der Deutschen Bauakademie als unzureichend eingeschätzt werden (Prof. Collein, Prof. Paulick,²³ Gen. Latus,²⁴ Prof. Schmidt²⁵) wirkt sich diese Lage dahingehend aus, dass unter den Mitarbeitern der DBA eine allgemeine Unsicherheit besteht.

III. Zur Arbeitsweise der Projektierung

Circa 80 % aller Industriebauten der DDR, wie z. B. das Kraftwerk Schwarze Pumpe,²⁶ Kraftwerk Lübbenau,²⁷ Kraftwerk Berzdorf,²⁸ Atomkraftwerk²⁹ u. a. unterliegen der gleitenden Projektierung,³⁰ wobei der Projektierungsverlauf im Durchschnitt vier bis sechs Wochen beträgt, was z. B. bei Nichteinhaltung der Termine durch die Entwurfsbüros für Industriebau zwangsläufig zur Arbeitseinstellung einzelner Baustellen bzw. ganzer Bauvorhaben führen kann.

Während in den vergangenen Jahren immer mehr Privatchitekten und Privatingenieure von den Entwurfsbüros als Subauftragnehmer ausgeschaltet wurden, was sich sehr positiv auf die volkseigenen Entwurfsbüros auswirkte, werden gegenwärtig wiederum Subaufträge an Privatchitekten übergeben. Als Grundlage dafür dient eine vertrauliche Dienstanweisung vom Februar 1959, die vom Minister *Scholz* herausgegeben wurde. Wie auch leitende Funktionäre des Bauwesens einschätzen, führt diese Maßnahme unweigerlich zu einer Stärkung des kapitalistischen Sektors in der Bauwirtschaft, obwohl bei einer richtigen Auslastung des Arbeitstages in den Entwurfsbetrieben eine Einschaltung von Privatleuten zu vermeiden ist. Die überwiegende Mehrzahl der im Entwurfsbüro für Industriebau tätigen Architekten und Ingenieure ist über die verstärkte Einschaltung von Privat-Architekten und -Ingenieuren stark verärgert, was sich auch in einem erheblichen Absinken der Arbeitsleistung zeigt. Als Ursache wird angeführt, dass ein erheblicher Teil dieser freischaffenden Ingenieure und Architekten aus den volkseigenen Entwurfsbüros hervorgegangen ist und, trotzdem sie nicht immer die entsprechende fachliche Qualifikation besitzen, jetzt oft das drei- bis vierfache mehr verdienen als ein Mitarbeiter der VE-Entwurfsbüro.

Es gibt in den Entwurfsbüros eine Reihe von Diskussionen, in denen zum Ausdruck kommt, dass man in der Vergangenheit bestrebt war, den Freischaffenden möglichst kleine Aufträge zu erteilen oder sie ganz in den volkseigenen Sektor einzureihen. Deshalb sei ihnen unverständlich, dass jetzt von offizieller Seite ganz entgegengesetzt verfahren wird. Sie vermuten, dass dies von einigen Personen vertuscht wird, in der Hoffnung, dass sich diese Situation im Laufe der Zeit von allein normalisiert.

IV. Über Schwierigkeiten in der Zement- und Asbestbetonherstellung

1) Entgegen des Ministerratsbeschlusses, bis zum 31.12.1958 drei neue Zementwerke mit einer Kapazität von einer Million Klinkerleisten zu errichten,³¹ wurden nur zwei Zementwerke neu errichtet und zwar Rüdersdorf III³² mit einer projektierten Kapazität von 330 Tt und Karsdorf II³³ mit einer Kapazität von 700 Tt. Die festgelegte Kapazität wurde damit jedoch eingehalten.

Als Inbetriebnahmetermine für beide Werke durch das Ministerium für Bauwesen der 1.9.1958 festgelegt. Durch die Verzögerung im Bauablauf, insbesondere in Karsdorf, sowie durch Verzögerung in der Auslieferung der Ausrüstungen traten jedoch in beiden Werken erhebliche Rückstände ein, die die Inbetriebnahme zum 1.9.1958 nicht mehr ermöglichten. Erst im Februar 1959 ging das Zementwerk Rüdersdorf in Probetrieb. Die aufgestellten Anlagen zeigten dabei derartige technische Mängel in der Konstruktion und Montage, dass sie in keinem Falle ihrer Funktion gerecht wurden. So mussten z. B. fast alle Elektromotoren ausgewechselt werden. Die Leistungen und Tourenzahlen stimmten mit den Erfordernissen nicht überein. Die gesamte Elektroinstallation musste vollkommen erneuert werden. Außerdem wurden die Mahlanlagen für die Rohmehlaufbereitung unter falschen Voraussetzungen projektiert, da der Wassergehalt des Kalksteins nicht wie angegeben 5 bis 6 %, sondern bis 19 % beträgt.

Im Werk Karsdorf II trat ein erheblicher Rückstand im Bauablauf ein, sodass den Maschinenbaubetrieben nicht die geforderten Montagetermine gesichert wurden. Dies führt dazu, dass der erste Ofen nicht – wie ursprünglich vorgesehen – am 1.9.1958, sondern erst am 10.6.1959 in Betrieb geht. Der Termin für den 2. Ofen ist der 1.7.1959. Die restlichen beiden Öfen sollen am 1.9.1959 in Betrieb genommen werden. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass diese Termine nur unter Anspannung aller Kräfte eingehalten werden können.

Durch die Verschiebung der Inbetriebnahmetermine tritt eine erste Gefährdung des Volkswirtschaftsplanes in Zement ein.

Im Zementwerk Karsdorf ist der Rückstand so groß, dass die geplante Zementproduktion auf keinen Fall gebracht werden kann. Es wird mit einer Nichterfüllung von 83 Tt. gerechnet.

2) Laut Ministerratsbeschluss vom 15.3.1956 sollte die Produktion von Asbestbetonerzeugnissen in dem neuen Werk Rothensee³⁴ im Jahre 1957 aufgenommen werden. Alle zur Realisierung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen wurden von den Verantwortlichen des Ministeriums für Bauwesen jedoch so schleppend durchgeführt, sodass in Magdeburg-Rothensee das im Bau befindliche Werk voraussichtlich erst im Jahre 1960 seine Produktion aufnehmen wird.

Weitere Ursachen der jahrelangen Verzögerung liegen aber auch darin begründet, dass der westdeutsche Eternitkonzern,³⁵ der auf dem Gebiet der Asbestbetonerzeugung führend ist, mit allen Mitteln versucht, die Produktion von Asbestbeton bei uns in der DDR zu verhindern. Im März dieses Jahres erklärte [Name 2] vom Eternit-Kundendienst³⁶ in der DDR wörtlich: »Die DDR wird erst in etwa vier Jahren in der Lage sein, die Produktion in Rothensee aufzunehmen und auch dann werden erneute Schwierigkeiten auftreten, da die DDR nicht über die entsprechenden technischen Kader verfügt. Asbestbeton ist nicht nur eine Mischung von 75 % hochwertigem Portlandzement und 25 % Asbest, sondern es gehören noch einige Kniffe dazu, die der betrieblichen Geheimhaltung unterliegen«. Hinderlich ist in der Baustoffindustrie auch das Fehlen entsprechender Kader. Zum Beispiel sind in der Zementindustrie die mittleren und höheren Funktionen von Personen besetzt, die zwar jahrzehntelange berufliche Erfahrungen haben, jedoch keine theoretischen Kenntnisse besitzen. Dieser Personenkreis kennt sich untereinander sehr gut und schiebt sich gegenseitig die entsprechenden Funktionen zu. Sehr deutlich wird diese völlig unnormale Lage bei einer Analyse der in der Baustoffindustrie beschäftigten Personen mit Hoch- bzw. Fachschulbildung. Von ca. 70 000 Beschäftigten in der Baustoffindustrie besitzen nur ca. 0,3 % eine abgeschlossene Hoch- bzw. Fachschulausbildung. Nach bisherigen Einschätzungen gewährleisten auch die eingeleiteten Maßnahmen keine grundlegende Änderung dieser Kadersituation.

Das Ministerium für Bauwesen erhielt erst im Jahr 1958 diese Bezeichnung. Von 1949–58 hieß es Ministerium für Aufbau. Zwischen 1952 und 1958 kam es jährlich zu Umstrukturierungen, die eine Ausbildung und Verfestigung klarer Verwaltungsstrukturen verhinderten. Im Einzelnen dazu siehe: Bundesarchiv, Ministerium für Bauwesen, Teil 1 Ministerium für Aufbau (1949–1958), Einleitung online abrufbar unter: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DH1-24875/index.htm?kid=4bb70786-780d-4d7e-833c-c4deab8f3672> (letzter Abruf: 6.2.2020).

2

Das Bundesarchiv ermittelte anhand des Telefonverzeichnisses des Ministeriums für das Jahr 1955 365 Mitarbeiter, darunter einen sowjetischen Berater. Siehe Internetquelle: Bundesarchiv, Ministerium für Bauwesen, Teil 1 Ministerium für Aufbau (1949–1958), Einleitung online abrufbar unter: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DH1-24875/index.htm?kid=4bb70786-780d-4d7e-833c-c4deab8f3672> (letzter Abruf: 6.2.2020).

3

Das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11.2.1958 zielte vor allem im Bereich der Wirtschaftsleitung auf Veränderungen, die in geringem Maße zu einer Dezentralisierung führten. Die wichtigste Änderung war die Auflösung der sieben Ministerien, die für die industrielle Produktion zuständig waren. Deren Aufgaben wurden teilweise von der mit weiteren Kompetenzen ausgestatteten Staatlichen Plankommission und neu gegründeten »Vereinigungen Volkseigener Betriebe« (VVB) sowie von ebenfalls neu geschaffenen Wirtschaftsräten bei den Räten der Bezirke übernommen. Vgl. Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR; GBl. I 1958, S. 117–120.

4

Entsprechend der dort vorhandenen Unterlagen spricht das Bundesarchiv von 299 vorgesehenen Planstellen, einem Staatssekretär als 1. Stellvertreter des Ministers und einem 2. Stellvertreter des Ministers. Vgl. Bundesarchiv, Ministerium für Bauwesen, Teil 1 Ministerium für Aufbau (1949–1958), Einleitung online abrufbar unter: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DH1-24875/index.htm?kid=4bb70786-780d-4d7e-833c-c4deab8f3672> (letzter Abruf: 6.2.2020).

5

Ernst Scholz, Jg. 1913, SED-Funktionär, 1958–63 Minister für Bauwesen der DDR.

6

Walter Ulbricht, Jg. 1893, Partei- und Staatsfunktionär, 1950–71 General- bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

7

Heinrich Rau, Jg. 1899, SED-Funktionär, 1949 Kandidat und 1950–61 Vollmitglied des SED-Politbüros und stellv. Vorsitzender des Ministerrates, 1950–52 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, 1955–61 Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

8

Gerhard Kosel, Jg. 1909, Architekt, 1932–54 Tätigkeit in der Sowjetunion, seit 1954 Abteilungsleiter, 1955–61 Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers im Ministerium für Aufbau bzw. für Bauwesen, 1961 Präsident der Deutschen Bauakademie.

9

Das 33. Plenum des ZK der SED tagte vom 16. bis 19.10.1957. Ergebnis dieser Tagung war ein Aktionsprogramm für die ökonomische Entwicklung der DDR bis zum Jahr 1960. Dieses sah u. a. die Konzentration auf die Entwicklung der Kohle-, Chemie- und Energieproduktion, die Steigerung der Bruttoproduktion der Industrie um 134 % gegenüber 1955 und eine bedeutende Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge vor. Die Investitionsmittel für den Wohnungsbau sollten gegenüber dem ersten Fünfjahrplan (1951–1955) verdoppelt werden. Zur effektiveren Wirtschaftsleitung wurde vorgeschlagen, der Staatlichen Plankommission die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft zu übergeben, die Industrieministerien aufzulösen und deren Aufgaben den VVB zu übertragen sowie bei den Räten der Bezirke sogenannte Wirtschaftsräte zu bilden. Diese Vorschläge wurden 1958 im Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates realisiert. Vgl. ND v. 20.2.1957.

10

Am 6. und 7.5.1959 fand in Berlin die 3. Baukonferenz statt. Zuvor ließ das Politbüro unter der Überschrift »Die sozialistische Umgestaltung der Bauwirtschaft ist eine Aufgabe der gesamten Volkswirtschaft« Thesen über Aufgaben und Ziele des Bauwesens sowie deren Verwirklichung im Rahmen des Siebenjahrplanes veröffentlichen, welche die Grundlage für die Beratungen der Baukonferenz darstellten. Vgl. ND v. 1.4.1959.

11

Vom 3. bis 4.11.1958 wurde in den Leuna-Werken unter der Leitung des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission eine Chemiekonferenz abgehalten, die mit der Annahme des »großen Programms zur Entwicklung der chemischen Industrie der DDR« endete. Unter der Losung »Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit« peilte die SED-Führung mit diesem Programm das ehrgeizige Ziel an, die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen so zu modernisieren, dass eine Verdoppelung der chemischen Produktion möglich war.

Dazu sollten zunächst die Kohle verarbeitenden Chemiebetriebe modernisiert und erweitert und ab Mitte der 1960er-Jahre auf der Basis von Erdöllieferungen aus der Sowjetunion eine petrochemische Industrie aufgebaut werden. Ziel war, die chemische Industrie zum zweitgrößten Industriezweig der DDR umzubauen. Das hatte Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft der DDR. Das Chemieprogramm war Herzstück der auf dem V. Parteitag der SED formulierten Aufgabe, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch wichtiger Lebensmittel und Konsumgüter bis zum Jahr 1961 nicht nur einzuholen, sondern auch zu überholen. Vgl. ND v. 5.11.1958.

12

Im Zuge des Chemieprogramms wurde Schwedt als Standort für ein Erdölwerk vorgesehen und bestätigt. Hier wurde im November 1960 der Grundstein für ein erdölverarbeitendes Werk gelegt, das im April 1964 unter dem Namen Erdölverarbeitungswerk Schwedt den Betrieb aufnahm und zum wichtigsten Lieferanten für Kraftstoffe in der DDR wurde. Das Erdöl floss ab 1963 durch die Erdölleitung »Druschba« aus dem sowjetischen Tjumen direkt nach Schwedt. Im Jahr 1970 wurde das Werk im Zuge der Kombinatbildung Stammwerk des VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt und produzierte neben Kraftstoffen auch Faserrohstoffe für die Textilproduktion, Stickstoffdünger für die Landwirtschaft, Möbel aus Polyurethan, Futtermittel und Haushaltschemikalien.

13

Mindestens in jeder Bezirksstadt gab es einen VEB Baustoffversorgung zur Großversorgung der örtlichen und zentralen Betriebe mit Baumaterialien aller Art. Sie unterstanden der VVB Baumaterialien Berlin, dem späteren VEB Kombinat Baustoffversorgung Berlin.

14

Gemeint ist die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK). Sie war ein 1948 durch die Deutsche Wirtschaftskommission in der SBZ gegründetes zentrales staatliches Organ zur Kontrolle der Planwirtschaft im Range eines Ministeriums, das auf eigenes Betreiben, im Auftrag von Staats- und Parteiorganen, aber auch aufgrund von Hinweisen von Bürgern Kontrollen im Staats- und Wirtschaftsapparat durchführte. Ausgenommen davon waren die Verantwortungsbereiche der Ministerien für Staatssicherheit, Nationale Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten, die SED und die Blockparteien. Aus der ZKSK ging 1963 die Arbeiter- und Bauerninspektion hervor.

15

Clement, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

16

Die Staatliche Plankommission (SPK) war ein zentrales staatliches Organ des Ministerrates der DDR, das 1950 aus dem Ministerium für Planung hervorgegangen war. Der SPK oblagen die gesamtstaatliche Planung und Entwicklung der Volkswirtschaft sowie die Kontrolle der Durchführung der Planaufgaben. Sie war zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Fünfjahrpläne und der daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftspläne.

17

Im Original: »Pressler«. Horst Präßler, Jg. 1919, Diplom-Ökonom und Bauingenieur, 1959–60 Hauptdirektor für das Bau- und Montagekombinat Chemie, später verschiedene leitende Funktionen im Ministerium für Bauwesen.

18

Lampe, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

19

Die Bezeichnung Zentrale Kontrollkommission ist eine frühere Bezeichnung für Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, die eigentlich nur bis 1949 üblich war.

20

Die Deutsche Bauakademie wurde am 1.1.1951 auf Beschluss des Ministerrates als zentrale wissenschaftliche Einrichtung für Architektur und Bauwesen in der DDR gegründet und hatte ihren Sitz in Berlin. Sie unterstand in direkter Linie dem Ministerium für Bauwesen. Das Institut für Typung war eines der zahlreichen Institute, die der Akademie angehörten. Unter Typung wird die Vereinheitlichung verschiedener Produktvarianten, hier der verschiedenen Bauelemente, zwecks Verkleinerung des Sortiments mit dem Ziel der weitgehenden Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten verstanden. Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Online-Lexikon, Stichwort Typung, online abrufbar unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/typung-49147/version-272387> (letzter Abruf: 3.6.2022).

21

Kurt Liebknecht, Jg. 1905, Architekt, 1951–61 Präsident der Deutschen Bauakademie, kommissarischer Leiter des Architekturbeirats des Ministerrates der DDR, 1954–63 Mitglied des ZK der SED.

22

Edmund Collein, Jg. 1906, Architekt und Städtebauer, ab 1951 Vizepräsident der Deutschen Bauakademie, ab 1958 Direktor des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der DBA.

23

Richard Paulick (Pseudonym: Peter Winsley), Jg. 1903, Architekt und Städtebauer, ab 1951 Mitglied der Deutschen Bauakademie und

Direktor des Instituts für Wohnbauten, Leiter des Aufbaustabs Stalinallee in Berlin, 1955–65 Vizepräsident der DBA, 1959–63 Chefarchitekt von Hoyerswerda.

24

Latus, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

25

Hans Schmidt, Jg. 1893, Schweizer Architekt und Architekturtheoretiker, ab 1956 Chefarchitekt am Institut für Typung beim Ministerium für Aufbau und Übersiedlung nach Berlin, 1958–61 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der DBA.

26

Das VEB Kombinat Schwarze Pumpe wurde 1958 gegründet und war ein Kombinat zur kombinierten Verwertung und Veredelung der in den umliegenden Tagebauen geförderten Braunkohle in unmittelbarer Nähe der Ortschaft Schwarze Pumpe bei Spremberg. Bis Anfang der 1970er-Jahre entstand eine Anlage aus mehreren miteinander vernetzten Gaswerken, Kokereien, Heizkraftwerken und Brikettfabriken mit den dazugehörigen Hilfs- und Nebenanlagen, die ab 1970 als VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe und ab 1986 unter dem Namen VEB Gaskombinat »Fritz Selbmann« Schwarze Pumpe firmierte.

27

Das Kraftwerk Lübbenau war ein Braunkohlekraftwerk, das 1959 ans Netz ging. Nach Fertigstellung des gesamten Kraftwerksbaus im Jahr 1964 galt das Werk seinerzeit als das größte Dampfkraftwerk Europas. 1996 wurde es stillgelegt.

28

Das Großkraftwerk Berzdorf hatte seinen Standort in Hagenwerder – heute ein Stadtteil der Stadt Görlitz – wurde 1958 in Betrieb genommen und mit Braunkohle aus dem Berzdorfer Becken befeuert. 1960 erhielt es den Namen »Völkerfreundschaft«. Bis 1974 wurden zwei weitere Kraftwerksblöcke gebaut und das Werk so eines der größten Braunkohlekraftwerke Europas.

29

Mit der Inbetriebnahme eines Kernforschungsreaktors im Dezember 1957 in Rossendorf bei Dresden nahm die DDR eigene Forschungen zur Nutzung der Kernenergie auf. Ambitionierte Planungen sahen 20 Kernkraftwerke (KKW) vor, die bis 1970 ans Netz gehen sollten. Tatsächlich wurden nur zwei KKW in Betrieb genommen – 1966 das KKW in Rheinsberg und sieben Jahre später das KKW in Lubmin bei Greifswald.

30

Als »gleitende Projektierung« wird ein Projektierungsverfahren genannt, bei dem sich aufeinanderfolgende Projektierungsvorgänge überlappen. Eine »gleitende Projektierung« entsteht besonders durch Gleichzeitigkeit der Ausführungsprojektierung und der Realisierung des Projektes.

31

Der Ministerrat der DDR beriet in einer Sitzung am 21.4.1955 über mehrere Beschlüsse zur ökonomischen Stärkung der DDR, darunter auch über einen Beschluss über »Die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen«. Er billigte die darin aufgeführten Maßnahmen, die zuvor auf der 1. Baukonferenz der DDR, die vom 3. bis 6.4.1955 in Berlin stattfand, beschlossen worden waren und u. a. den Bau von zwei Zementwerken im Jahr 1956 und eines im Jahr 1957 vorsahen. Vgl. ND v. 6.4.1955, S. 4, u. v. 23.4.1955, S. 1 f.

32

Das Zementwerk in Rüdersdorf bei Berlin war der größte baustoffproduzierende Betrieb in der DDR. Nachdem das vor dem Zweiten Weltkrieg erbaute Zementwerk durch die Sowjetunion demontiert worden war, baute die DDR hier ihr größtes Zementwerk auf. Das Zementwerk Rüdersdorf III entstand Ende der 1950er-Jahre.

33

Das Zementwerk in Karsdorf (Bezirk Halle, Kreis Nebra, heute Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt) wurde 1951 zum volkseigenen Betrieb. In den 1950er und hauptsächlich 1960er-Jahren kam es im »VEB Zementwerk Karsdorf« zu zahlreichen Um- und Ausbauphasen.

34

Mit dem Bau des Asbest-Beton-Werkes in Magdeburg-Rothensee wurde im Jahr 1957 begonnen. Seine volle Leistungsfähigkeit sollte der Betrieb nach Prognosen im Jahr 1958 erst im Jahr 1961 erreichen. Vgl. Neue Zeit v. 8.10.1958, S. 3. Der Betrieb hieß dann VEB Asbestzementwerke »Otto Grotewohl« Magdeburg-Rothensee und unterstand der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe.

35

Gemeint ist die bundesdeutsche Eternit AG, die 1949 aus der Deutschen Asbestzement AG hervorging.

36

Eternit war ein auch in der DDR gebräuchlicher Markenname für Faser- bzw. Asbestzement.

